

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oö. Landtags
betreffend
eine Offensive gegen die Gefahren der Atomkraft

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese

- für die vollständige Aufklärung des Störfalls vom 15. Mai 2020 im AKW Temelin sorgt,
- die Informationswege aus dem Melker Abkommen aktiv nutzt und die Inhalte öffentlich transparent macht,
- mit der tschechischen Regierung das Gespräch sucht, um auf politischer Ebene für Alternativen zur tschechischen Atomkraftstrategie einzutreten,
- sich auf europäischer Ebene für die Kostenwahrheit von Atomkraft einsetzt und so die Subventionierung dieser zukunftsfeindlichen Energieform beendet.

Begründung

Atomenergie verfügt auch im Jahr 2020 über unkalkulierbares Gefahrenpotential. Es gibt nach wie vor keine Antwort auf die Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Die Spätfolgen des Super-GAUs in Tschernobyl 1986 sind gerade in Oberösterreich nach wie vor vorhanden: Das Umweltbundesamt hat auf Basis von mehreren hundert Messungen eine Landkarte Österreichs mit der Durchschnittsbelastung mit Cäsium-137 erstellt. Oberösterreich ist dabei das am stärksten betroffene Bundesland. Nicht einmal 10% des Landesgebiets sind in der belastungsarmen Kategorie bis 10 kBq/m² gelistet. Die größten Teile des Bundeslands sind auch über 30 Jahren nach Tschernobyl mit einer Strahlendosis von 15-25 kBq/m² bzw. 25-40 kBq/m² belastet. Einzelne oberösterreichische Gemeinden sind sogar noch mit 60-100 kBq/m² belastet. Der Grund dafür liegt in der langen Halbwertszeit von 30 Jahren des radioaktiven Cäsium-137. Vor dem Hintergrund dieser realen Betroffenheit fordern die unterzeichneten Abgeordneten ein entschlossenes Vorgehen der österreichischen Bundesregierung gegen Atomkraft nicht nur in Österreich selbst, sondern auch auf politischer Ebene gegenüber dem Nachbarland Tschechien und auf europäischer Ebene ein. Entscheidend für den Erfolg des politischen Einwirkens auf Tschechien werden dabei die Sachorientierung und der Dialog auf Augenhöhe sein. Die InitiatorInnen dieser Landtagsinitiative fordern die Bundesregierung daher zu umsichtigem aber konsequentem Handeln auf. So gilt es insbesondere die

bestehende Rechtsposition Österreichs aus dem Melker Abkommen mit Konsequenz einzufordern und zeitnah über Störfälle in tschechischen Atomkraftwerken öffentlich zu informieren. Zusätzlich gilt es bei der Energiepolitik gegenüber den tschechischen Nachbarn mögliche Konzepte zur Zusammenarbeit auf der Basis der Atomkraftfreiheit aufzuzeigen. Außerdem muss die Wettbewerbsverzerrung der europäischen Energiepolitik zugunsten der Atomkraft beendet werden. Das beginnt bei der Finanzierung von Atomkraftprojekten durch Euratom und der direkten Subventionierung des erzeugten Atomstroms, geht weiter über die fehlenden Haftpflichtversicherungen für mögliche Schäden von Atomunfällen durch die Betreiber und endet bei den mangelnden Rückstellungen für den Rückbau der Kraftwerke und der ungelösten Frage der Endlagerung von Brennstoffabfällen und kontaminiertem Material. Gerade jetzt, im Angesicht des Wiederaufbaus Europas nach der Coronakrise ist es entscheidend, einen nachhaltigen Weg im Einklang mit der Ökologie zu beschreiten. Auch die Herausforderungen in den europäischen Stromnetzen können längst nicht mehr auf nationaler Ebene allein bewältigt werden. Die Megaaufgabe der Energiewende muss um den strategischen Ausstieg aus der unkalkulierbaren Gefahr der Atomenergie erweitert werden.

Linz, am 15. Juni 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Makor, Promberger, Schaller, Bauer, Krenn, Lindner, Rippl, Müllner, Binder